

# SÜDWEST PRESSE

Die GROSSE TAGESZEITUNG FÜR ULM, DEN ALB-DONAU-KREIS UND DEN KREIS NEU-ULM

www.swp.de

P L

## AUS DEM INHALT



**Gesundheit 08:**  
Die Heilwirkung  
der Kunst Seite 15

**CDU lässt  
kleine Schwester  
im Stich** Seite 3

**Schloss Salem:**  
Spekulation über  
Verkauf Seite 6

**Navigationsgeräte:**  
Das Gesicht zur  
Stimme Seite 7

**Bernard Buffet:**  
Wiederentdeckung  
eines Malers Seite 25

**Gas wird  
zehn Prozent  
teurer** Seite 17

## FUSSBALL

**Rückschlag für Stuttgart**  
Dortmund. Der VfB Stuttgart hat seine gute Ausgangsposition im Kampf um einen Uefa-Cup-Platz verspielt: Er verlor gestern mit 2:3 bei Borussia Dortmund. Schalke 04 siegte im Revierderby beim VfL Bochum 3:0. Der Tabellenletzte Hansa Rostock ist nach dem 0:3 bei Hannover 96 kaum noch zu retten. Energie Cottbus holte beim Karlsruher SC ein 1:1. dpa/sid

## WETTER bis 25°

Sehr erfreulich ist das, was die Meteorologen für heute vorhersagen. Es ist weitgehend sonnig mit Temperaturen bis 25 Grad.

## DAX 7017 (-0,50%)

Am deutschen Aktienmarkt sind gestern Gewinne mitgenommen worden. Es sei nun wieder „Zeit für eine Pause“, sagte ein Börsianer.

## TV-TIPP 20.15, ARD

In dem Psycho-Thriller „Vertraute Angst“ spielt Matthias Brandt einen Mann, der sein Haus angezündet hat. Als er aus der Psychiatrie entlassen wird, durchlebt seine Frau Momente der Angst.

## SERVICE

**Abo-Service** 0180/1001-1902\*  
aboservice@swp.de  
**Privatanzeigen** 0180/1001-1900\*  
kleinanzeigen@swp.de  
**Geschäftsanzeigen** (0731) 156-210  
anzeigen@swp.de  
**Redaktion** (0731) 156-0  
redaktion@swp.de  
**Karten-Service** (0731) 156-855  
ticket-dia@swp.de  
\*3,9 Cent/Min. a. d. Netz d. DTAG; abweichend Mobilfunkzuschlag  
**89070 Ulm, Postfach 3333**  
**B 6191**  
Nummer 106 / 64. Jahrgang



Zivilisten helfen einem Verletzten im Irrawaddy-Delta. Die Lage in Birma ist noch nicht unter Kontrolle.

Foto: AFP

## Noch mehr Sturm-Tote

Spendenaufrufe für Zyklon-Opfer in Birma

**Rangun.** Das Ausmaß der Katastrophe nach dem Wirbelsturm in Birma übersteigt alle Befürchtungen: Inzwischen sprechen offizielle Quellen von mehr als 22 000 Todesopfern. Diese Zahl könnte noch weiter steigen, denn mindestens 40 000 Menschen werden vermisst. Ganze Dörfer wurden nach Angaben der Uno durch den Zyklon ausgelöscht. Internationale Hilfsorganisationen rufen zu Spenden für die notleidende Bevölkerung in dem südostasiatischen Land auf.

Bisher allerdings stößt die Hilfe für die Menschen in Birma auf große Schwierigkeiten. Der Sturm hat dem ohnehin schlechten Straßen- und Wegenetz sehr zugesetzt, zudem sind die Telefon- und Stromnetze zusammengebrochen. Aber auch die Militärjunta behindert die Helfer nach wie vor mit hohen büro-

kratischen Hürden in ihrer Arbeit. Unter anderem sitzen Krisenexperten der Uno im benachbarten Thailand und warten auf ihre Visa. Nach UN-Angaben lief die Hilfe gestern an. UN-Mitarbeiter verteilen in Rangun die ersten Lebensmittel.

Am schwersten betroffen ist die Region des Irrawaddy-Deltas und die Umgebung der Millionenmetropole Rangun. Satellitenbilder der Vereinten Nationen zeigen, dass sich die Schäden auf ein 30 000 Quadratkilometer großes Gebiet erstrecken, in dem etwa ein Viertel der 57 Millionen Einwohner Birmas lebt.

Experten befürchten, dass in den zerstörten Regionen nun auch noch Seuchen ausbrechen werden. Die bevorstehende Regenzeit macht die internationale Hilfe zu einem Wettrennen gegen die Zeit. AP/dpa

Seite 4

## Sattes Plus bei den Diäten

Union und SPD einig über deutlichen Zuschlag für Bundestagsabgeordnete

**Die Einkommen der Bundestagsabgeordneten sollen nach dem Willen von Union und SPD bis 2010 um insgesamt gut 16 Prozent auf 8159 Euro steigen.**

**Berlin.** Die Bundestagsabgeordneten und die Regierungsmitglieder dürfen sich auf deutlich mehr Geld freuen: Die Große Koalition will sowohl die Diäten der Parlamentarier als auch die Bezüge der Regierungsmitglieder erhöhen. Als Folge des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst steigt die Entschädigung der Parlamentarier bis Anfang 2010 stufenweise um 820 Euro auf 8159 Euro, bestätigten Union und SPD gestern.

Erst Anfang des Jahres waren die Diäten um 330 Euro auf derzeit

7339 Euro angehoben worden. Insgesamt bekommen die Parlamentarier damit bis 2010 gut 16 Prozent mehr Geld. Unions- und SPD-Fraktion stimmten dem Vorhaben jeweils mit deutlicher Mehrheit zu.

Auch die monatlichen Gehälter der Kanzlerin, der Minister und der Staatssekretäre sollen in zwei Stufen erhöht werden, sagte eine Sprecherin des Innenministeriums. Die erste Steigerung um 3,1 Prozent soll rückwirkend zum 1. Januar 2008 in Kraft treten; die zweite Erhöhung um 2,8 Prozent soll ein Jahr später erfolgen. Damit werde die Tarifierhöhung für den öffentlichen Dienst auch auf die Regierung übertragen.

Nach Angaben des Bundes der Steuerzahler hatte die Kanzlerin im vergangenen Jahr Anspruch auf ein monatliches Gehalt von 15 833

Euro; ein Minister (verheiratet, ohne Kinder) hatte 12 860 Euro zu erwarten.

SPD-Fraktionschef Peter Struck verteidigte die Diätenerhöhung als „ganz normale Anpassung“. Die

### Struck: Kopplung an öffentlichen Dienst gerechtfertigt

Kopplung an den öffentlichen Dienst sei gerechtfertigt.

Linke und Grüne, die bereits die vorige Erhöhung abgelehnt hatten, blieben bei ihrem Nein, auch die FDP lehnt die jetzt geplante Erhöhung ab. Linke-Fraktionschef Oskar Lafontaine kritisierte, dass sich die Abgeordneten mehr genehmigten

als der durchschnittliche Arbeitnehmer und schlug eine Kopplung der Diäten an das Durchschnittseinkommen vor. Grünen-Parteichefin Claudia Roth sprach von einem „Selbstbedienungsladen“.

FDP-Chef Guido Westerwelle erklärte, die Regierungskoalition zeige ein erstaunliches Maß an Lebensfremdheit und Abgehobenheit. Die FDP-Fraktion sprach sich einmütig gegen die Diätenpläne aus.

Auch der Sozialverband Deutschland nannte die Erhöhung „absolut inakzeptabel“. Der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Karl Heinz Däke, erklärte: „Diese Pläne gehören sofort in den Papierkorb.“

Im Gegensatz zu den Diäten sind die Altersbezüge der Abgeordneten geringfügig gesunken. AP

Kommentar und Seite 2

## Wertvolles Hausbuch wird verkauft

Grünes Licht für den Fürsten zu Waldburg-Wolfegg

**Stuttgart/Ulm.** Im Tauziehen mit dem Fürsten zu Waldburg-Wolfegg hat Baden-Württemberg jetzt grünes Licht für den Verkauf einer kostbaren mittelalterlichen Handschrift gegeben. Der Käufer sei ein „honorierter Kunstsammler aus Bayern“, sagte Wissenschaftsminister Peter Franksen (CDU). „Ich finde das dubios“, erklärte SPD-Landtagsfrak-

tionschef Claus Schmiedel beim Besuch in unserer Ulmer Redaktion. „Man darf jetzt doch versilbern, was eigentlich Kulturgut des Landes ist.“ Schmiedel beklagte „irgendwelche Spielregeln, die nicht genauer spezifiziert sind.“ Bisher habe die Landesregierung erklärt, man wolle „die Hand drauf haben“. Hö

Seite 2 und 5

## Von Beust vor der Wiederwahl

Alt-Bürgermeister von Dohnanyi: Schwarz-Grün ist stabil

**Hamburg.** Zehneinhalb Wochen nach der Bürgerschaftswahl will sich Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust (CDU) heute im Amt bestätigen lassen und den neuen Senat berufen. Damit wird die erste schwarz-grüne Landesregierung gebildet. Die bisher allein regierende CDU hatte bei der Wahl am 24. Februar ihre absolute Mehrheit verlo-

ren. Der frühere Erste Bürgermeister der Hansestadt, Klaus von Dohnanyi (SPD), erklärte im Interview mit der SÜDWEST PRESSE, er halte das schwarz-grüne Bündnis für stabil. Dohnanyi kritisierte die von Parteichef Kurt Beck verkündete Öffnung der SPD nach links: „Das war sicher ein Fehler.“ Hö

Seite 2

## KOMMENTAR • ABGEORDNETENDIÄTEN

### Zu viel Mittelmaß

Es ist höchst populär, die Bundestagsabgeordneten für ihre Diäten und deren Erhöhung zu prügeln. Von Selbstbedienung ist da regelmäßig die Rede und von unangemessenen Beträgen. Um 820 Euro sollen ihre Bezüge in den nächsten zwei Jahren ansteigen. Davon muss mancher Rentner einen ganzen Monat leben, und ihm winken vielleicht zehn Euro Erhöhung im Jahr.

Doch wer so kritisiert, macht es sich zu einfach. Da die Parlamentarier weder Weihnachts- noch Urlaubsgeld erhalten, kommen sie 2010 auf knapp 100 000 Euro im Jahr. Das ist eine Menge Geld und doch eher wenig angesichts der Einkünfte von Managern oder Freiberuflern. Und wir wollen ja wohl, dass uns gute Frauen und Männer aller Berufsgruppen ver-

treten. Tatsächlich aber sitzen kaum Unternehmer oder Selbstständige im Bundestag, dafür jede Menge Beamte. Ein ausgewogeneres Verhältnis wäre besser.

Zwei Punkte allerdings sollten geändert werden. Zum einen gibt es zu viel Mittelmaß auf den Hinterbänken. Statt 612 Abgeordnete reichen auch 500, selbst wenn das den kleineren Parteien Probleme bereiten könnte. Zum anderen ist die Altersversorgung ein ständiger Punkt des Anstoßes. Sie wurde zwar bereits gekürzt, doch sie ist immer noch stattlich. Da sollte sich der Bundestag ein Vorbild an Ländern wie Baden-Württemberg nehmen, wo die Pensionen gerade abgeschafft wurden. Ein zweckgebundener Zuschlag würde dieses ständige Ärgernis beseitigen. DIETER KELLER

## Artenschutz ist Kindersache

Wie kann die Artenvielfalt erhalten werden? Mehr als 100 Kinder haben darüber diskutiert – und ihre Forderungen niedergeschrieben.

STEFAN CZERNIN

**Bonn.** Es geht um viel, die weltweite biologische Vielfalt steht auf dem Spiel. Experten gehen davon aus, dass Jahr für Jahr Tier- und Pflanzenarten in einer vierstelligen Größenordnung von der Erde verschwinden. Und weil dieses Problem auch und ganz besonders die kommenden Generationen beschäftigen wird, war der Artenschutz heuer das Hauptthema des Kindergipfels in Bonn. Die „Naturfreundejugend Deutschlands“ aus Remagen hatte das mehrtägige Treffen unter dem Motto „Kaufen wir

uns die nächste Erde?“ organisiert. 115 Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 15 Jahren haben daran teilgenommen, sie kamen aus Jugendgemeinderäten, Naturschutzvereinen und von Schulen. Der erste Kindergipfel fand im Jahr 1991 in der Frankfurter Paulskirche statt, dem ehemaligen Tagungsort der Deutschen Nationalversammlung.

In Arbeitsgruppen haben die Kinder und Jugendlichen diskutiert und Forderungen ausgearbeitet, unterstützt von fünf Bundestagsabgeordneten. Die Workshops widmeten sich unter anderem den Themen „Bedrohte Arten“, „Lebensräume“ und „Energiegewinnung“, es ging um eine umweltfreundliche Landwirtschaft, darum, Strom aus erneuerbaren Energien statt aus Kohle und Kernkraft zu gewinnen und um die Regenwälder, die im großen Stil abgeholzt werden.

Ihre Ergebnisse haben die jungen Artenschützer in einem „Zukunftsvertrag“ zusammengefasst, der dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Michael Müller (SPD), übergeben wurde. „Wir fordern die Politiker auf, andere Länder von der Nutzung erneuerbarer Energien zu überzeugen“, heißt es darin. Und: „Wir wollen mehr staatliche Unterstützung für Biobauern.“ Aber der Vertrag enthält auch Pflichten. Etwa, dass die Kinder elektrisches Licht nicht unnötig brennen lassen und kürzere Strecken zu Fuß oder mit dem Rad zurücklegen – statt sich von den Eltern chauffieren zu lassen. Mitte Mai beginnt in Bonn die UN-Naturschutzkonferenz. Ziel ist, das Artensterben zu stoppen. Dort wird auch eine Delegation des Kindergipfels vertreten sein und den „Zukunftsvertrag“ den Politikern vorstellen.